

## **Integration gibt es nicht im Passiv**

### **Die deutsche Einwanderungspolitik fördert und belohnt die Eigeninitiative der Migranten zu wenig. Von Klaus J. Bade**

Die Angst vor "französischen Zuständen" geht um in europäischen Einwanderungsländern. In Deutschland ist sie zur Zeit noch unbegründet, denn die Dinge liegen in Frankreich ganz anders: Dort hat man in den 60er und 70er Jahren an den Rändern von Großstädten soziale Gettos gebaut. Es sind die Wohntürme für sozial Schwache, Gastarbeiter und Einwanderer, die man dort weitgehend sich selbst überlassen hat, von immer neuen Ad-hoc-Programmen zur sozialen Beruhigung abgesehen.

Heute sind diese Siedlungen vielfach geprägt durch klare ethnokulturelle und religiöse Konzentrationen: Maghrebiner, Schwarzafrikaner, Dominanz des Islam. Neben extremer wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung gibt es ethnische Diskriminierung. Sie reicht von der Chancenlosigkeit einer Bewerbung unter einer Banlieue-Adresse bis zum martialischen Auftreten der Polizei gegenüber denen, deren Hautfarbe signalisiert, daß sie zwar auch Franzosen geworden, aber dennoch "Fremde" geblieben sind. Auch deswegen hat die oberste Kontrollbehörde, der Cour des Comptes, vom Scheitern des französischen Integrationsmodells gesprochen. Ob die nun auch wieder aufgelegten sozialen Beschäftigungsprogramme dauerhaft helfen werden, bleibt abzuwarten. Ganz anders in Deutschland: Hier sind die Einwandererviertel multiethnisch und multireligiös, trotz klar identifizierbarer ethnokultureller Siedlungskerne. Sie sind in der Regel durch Zu- und Wegzug gewachsen, nicht gebaut. Soziale Brennpunkte, in denen ethnische und soziale Probleme sich gegenseitig verschärfen, wachsen aber auch hier, nicht nur in von den Medien immer neu ausgeleuchteten Problembezirken wie Berlin-Neukölln.

Das hat auch mit der historischen Verspätung von konzeptorientierter Integrationspolitik in Deutschland zu tun: Das neue Zuwanderungsgesetz war hier ein wichtiger Schritt von historischem Rang - aber dieser Schritt kam rund 25 Jahre zu spät. Außerdem gibt es schon wieder Nachbesserungsbedarf im Zuwanderungsgesetz. Denn einerseits fehlen die Leitorientierungen für die Einwanderungsgesellschaft - worum soll es denn eigentlich konkret gehen bei der vielbeschworenen Integration? Andererseits ist es mit Sprach- und Orientierungskursen allein nicht getan. Wir sollten drei Formen der Integrationspolitik unterscheiden, von denen das Zuwanderungsgesetz nur die zweite kennt: erstens präventive, zweitens begleitende, drittens nachholende Integrationspolitik.

Präventive Integrationspolitik setzt schon im Ausland an: Man muß mehr auf die beruflich-soziale Paßfähigkeit und damit vor allem auf die Qualifikation von Zuwanderern achten, die nicht immer erst hierzulande mühevoll und teuer nachgebessert werden muß. Sie kann bei Zuwanderern, die sich im Rahmen eines staatlich geregelten Antragsverfahrens bewerben, schon im Ausland vorbereitet werden. Das gilt zum Beispiel für Spätaussiedler und Juden: Die Wartezeit bis zum Eintreffen des Aufnahmebescheids umfaßt bei ihnen oft mehrere Jahre. In denen können sich alle, die es ernst meinen mit der Integration, darauf vorbereiten. Dazu ist deutsche Hilfe nötig, zum Beispiel in Gestalt von Fernkursen nicht nur zum Spracherwerb, sondern auch zur Weiterqualifikation für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Die Bereitschaft dazu könnte bei der Bewertung der Aufnahmeanträge berücksichtigt werden, etwa in Form einer bevorzugten Bearbeitung.

Begleitende Integrationspolitik im Sinne des Zuwanderungsgesetzes greift später, nach erfolgter Zuwanderung. Sie sollte pragmatisch sein, weite Perspektiven und einen langen Atem haben. Sie sollte selbstbewußt sein und eine möglichst klare Sprache sprechen. Sie sollte Versäumnisse der Vergangenheit bewußt annehmen und daraus Lehren ziehen. Sie sollte deshalb die vom Zuwanderungsgesetz eröffneten Gestaltungsmöglichkeiten im Zweifelsfalle lieber zu generös als zu zurückhaltend nutzen, auch deutlich über Sprach- und Integrationskurse im engeren Sinne hinaus.

Wo es anhaltend klemmt, da sollte nach der Maßgabe "Fördern und Fordern" nachgebessert werden im Sinne des von mir - begrifflich zugegebenermaßen in einem Anfall semantischer Erschöpfung - angestoßenen Konzepts der "nachholenden Integrationspolitik". Der von mir gewählte Begriff fand in der verballhornten Kurzformel "nachholende Integration" seinen Weg in die Regierungserklärung von Altbundeskanzler Schröder und von dort aus in den öffentlichen und politischen Sprachgebrauch, wo er seither vorwiegend im Passiv herumgeistert. Das legt das Mißverständnis nahe, Strauchler und Nachzügler im Integrationsprozeß könnten sozusagen von Amts wegen "nachholend integriert werden". Doch im Passiv funktioniert das nicht.

Auch nachholende Integrationspolitik ist in Wirklichkeit immer nur eine begleitende Maßnahme. Sie kann die Eigendynamik eines gestörten oder steckengebliebenen Integrationsprozesses nicht ersetzen, sondern nur zu fördern beziehungsweise neu in Bewegung zu bringen suchen. Sie orientiert sich am Ziel der - hier verspäteten - Eröffnung von Chancen zu einer möglichst gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dabei geht es besonders um die sprachliche Integration, um die ohne diese Voraussetzung kaum erreichbare soziale Integration und um die kulturelle Integration einschließlich der Grundwerte unserer Rechtskultur. Und es geht um den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie um die Voraussetzung dazu: Erziehung, Bildung und Ausbildung.

Bei der nachholenden Integrationspolitik ist heute keine Zeit mehr zu verlieren, denn die Alarmzeichen sind unübersehbar. Eines davon ist der hohe Anteil unzureichend integrierter Jugendlicher mit Migrationshintergrund an der Gruppe jugendlicher Gewalttäter. Jugendliche ohne Migrationshintergrund antworten darauf mit steigender ethnonationalistischer beziehungsweise völkischer Orientierung und mit als Selbsthilfe verstandener Abgrenzung gegen "Russen", "Türken" und "Migranten" oder gegen "Fremde" überhaupt. Das gilt nicht nur für Neonazis, denen der aktuelle Verfassungsschutzbericht einen Zuwachs um 25 Prozent im letzten Jahr bescheinigt, sondern auch für viele neue Rechtsorientierungen im Vorfeld parteipolitischer Bindungen.

Die noch latente Polarisierung wächst, und die Erfolgchancen nachholender Integrationspolitik nehmen ab; zugleich steigen die sozialen Kosten. Gewarnt sei deshalb vor fahrlässigem Zuwarten wie vor Schönreden in falsch verstandener politischer Korrektheit an der Grenze zu philanthropischer Heuchelei. Der schulischen Bildung muß dabei besonderes Augenmerk gelten, auch bei der nachholenden Integrationspolitik: Wenn bei wachsender und von den Betroffenen zunehmend als sozial diskriminierend registrierter Benachteiligung der Durchbruch hier nicht bald gelingt - dann ist nicht auszuschließen, daß einzelne Problembezirke auch in Deutschland einmal französisches Feuer fangen.

Der Autor ist Professor für Geschichte und Vorstand des interdisziplinären Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück

Artikel erschienen am Fr, 2. Dezember 2005